

Vom 15.-18.09.2022 trafen sich über hundert ehemalige Verschickungskinder in Bad Sassendorf, Standort zahlreicher Verschickungsheime. In solche Einrichtungen wurden deutschlandweit mehrere Millionen Kinder von den 1950er bis in die 1980er Jahre verschickt. Bei diesen so genannten Kindererholungskuren erlitten unzählige von ihnen schwerwiegende Misshandlungen, ignoriert oder geduldet von Trägern und zuständigen Behörden – auch des Bundes. Auf dem ersten Kongress der Verschickungskinder im November 2019 auf Sylt wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Beim Kongress der Verschickungskinder im November 2021 auf der Insel Borkum wurden diese Forderungen an Bund, Länder und Träger bekräftigt und konkretisiert:

- Eine bundesweit tätige Anlaufstelle zur Beratung und Vernetzung Betroffener und für die Unterstützung unserer Landes- und Heimortgruppen
- Ein partizipativ ausgerichtetes wissenschaftliches Verbundvorhaben von einschlägig qualifizierten Forschungseinrichtungen, das die zahlreichen Erlebnisberichte auswertet und die Bürgerforschungsgruppen vor Ort bei ihren eigenen Recherchen und Aktivitäten (wie z.B. der Schaffung von Gedenkorten) begleitet.
- Ein Dokumentationszentrum, in dem die vielfältigen Zeugnisse der Betroffenen und die Rechercheergebnisse der Bürgerforschung archivgerecht aufbereitet und der Öffentlichkeit (auch in digitaler Form) zugänglich gemacht werden

Wir sind sehr glücklich über die Unterstützung, die unsere Initiative inzwischen in Baden-Württemberg und insbesondere in Nordrhein-Westfalen erhält. Die nordrhein-westfälische Landesregierung fördert den Verein Aufarbeitung Kinderverschickungen NRW e.V. seit Mai 2022 mit erheblichen Summen. Dadurch wird eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung möglich und die Betroffenen können sich an eine professionell geführte Anlaufstelle wenden. Damit ist das Land Nordrhein-Westfalen beispielhaft. Wir hoffen, dass sich weitere Länder anschließen.

Mit Empörung mussten wir dagegen zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesregierung sich auf politischer Leitungsebene für nicht zuständig erklärt hat. Bei einem Gespräch am 7. Juli 2022 hat das federführende Bundesfamilienministerium den anwesenden elf Mitgliedern der Initiative Verschickungskinder in aller Form mitgeteilt, dass eine Förderung der Initiative aus Mitteln des Bundes grundsätzlich abgelehnt wird.

Das ist ein erneuter Schlag ins Gesicht der Opfer von Misshandlungen und der vielen tausend ehrenamtlich Engagierten in unserer Initiative. Der Umgang mit dem geschehenen Unrecht ist ein Prüfstein für das Verantwortungsbewusstsein und die grundsätzliche Haltung unserer Bundesregierung und unserer Gesellschaft gegenüber ihren schutzwürdigsten Mitgliedern, den Kindern. Der traurigen Geschichte verweigerter und verzögerter Aufarbeitung von Kindesmisshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in Deutschland darf kein weiteres Kapitel hinzugefügt werden.

Im Koalitionsvertrag vom November 2021 hat sich die Bundesregierung auf das Ziel festgelegt, den Kinderschutz zu stärken (S. 94). Deshalb appellieren wir heute an die politisch Verantwortlichen: Schaffen Sie endlich auf Bundesebene die Grundlagen für eine angemessene Aufarbeitung der millionenfachen Kinderrechtsverletzungen.